

Methodik der Urteilsanalyse sowie Prozessstrategien anhand höchstrichterlicher Entscheidungen zum Sicherheitsrecht

von

RiBVerwG a.D. Prof. Dr. Kurt Graulich

Humboldt-Universität zu Berlin
Wintersemester 2021/22
Donnerstags von 12:00 bis 14:00 Uhr
Raum UL9 E 25
BZQ 1
Veranstaltungsnummer 10506

Zeitliche Gliederung

Die Vorlesung findet im Präsenzverfahren statt. Materialien werden weiterhin mit Hilfe von HU-Moodle kommuniziert. Das betrifft jeweils eine Information vor der Vorlesungsstunde und eine danach.

Moodle-Link: <https://moodle.hu-berlin.de/course/view.php?id=96850>

Einschreibeschlüssel: [Sigmund Freud](#)

Der Aufbau der Vorlesung folgt hintergründig Hans Hattenhauers „Die Kritik des Zivilurteils. Eine Anleitung für Studenten.“ aus dem Jahr 1970. Lektionen aus dem Buch werden jeweils mündlich erläutert, denn es wird nicht mehr vertrieben.

Es wird in jeder Vorlesungsstunde die Entscheidung eines höchsten deutschen, europäischen oder internationalen Gerichts vorgestellt und besprochen. Dabei wird ihre Bedeutung unter tatsächlichen Gesichtspunkten, d.h. gesellschaftlich, wirtschaftlich, technologisch und politisch, untersucht und ihre rechtlichen Besonderheiten erörtert. Methodische und rechtsdogmatische Charakteristika sowie die Stellung der Entscheidung in der Rechtsentwicklung werden betrachtet.

Die Analyse höchstrichterlicher Entscheidungen ist in der juristischen Ausbildung ein wichtiges Übungsfeld für die Technik der Fallbearbeitung. Die Entscheidungen werden in der für die Besprechung maßgeblichen Fassung eine Woche vor der jeweiligen Veranstaltung per Website bekannt gegeben. Dazu werden ergänzende Hinweise auf Literatur und Judikatur mitgeteilt.

Die Veranstaltung dient dem Erwerb von Leistungspunkten aus dem Bereich der Schlüsselqualifikationen (BZQ I). Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wird außer dem Besuch der Vorlesung erwartet, mindestens einmal einen zehnminütigen

Vortrag zu einer der Entscheidungen zu halten, der nicht benotet wird. Einzelheiten werden noch erläutert.

Die Zahl der möglichen Plädoyers ist aus Zeitgründen begrenzt. Es wird deshalb um Anmeldung des Interesses bis zum 05.11.2021 unter kurt.graulich@t-online.de gebeten.

Nachfolgend die Liste der beabsichtigten Besprechungen – Stand: 10.10.2021 -. Es bleibt vorbehalten, im Einzelfall auch eine neu verkündete Entscheidung vorzuziehen.

1	21.10.2021	Einführung in die Vorlesung. Erläuterung des Verlaufs der Veranstaltung und der Methode anhand eines Beispielsfalls.
2	28.10.2021	Versammlungsrecht, Rudolf Heß-Gedenkveranstaltung, BVerfG, Beschluss vom 04. November 2009 – 1 BvR 2150/08.
3	04.11.2021	Extraterritoriale grundrechtliche Schutzpflichten und die Steuerung von US-Drohneinsätzen über die Air Base Ramstein, BVerwG 6 C 7.19 - Urteil vom 25.11.2020
4	11.11.2021	Polizeiliches Einschreiten gegen eine friedliche Versammlung unter den Voraussetzungen des polizeilichen Notstands, BVerwG, Beschluss vom 05. März 2020 – 6 B 1/20 – GSZ 2020, 136-139.
5	25.11.2021	Entfernung des Angeklagten aus dem Verhandlungssaal während einzelner Vernehmungen., BGH, Beschluss vom 23. März 2021 - 3 StR 60/21
6	02.12.2021	Unvereinbarkeit des § 113 TKG i.d.F. vom 20.06.2013 sowie mehrerer Bundesgesetze zum manuellen Auskunftsverfahren mit Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG sowie Art. 10 Abs. 1 GG – (Bestandsdatenauskunft II) - BVerfG, Beschluss vom 27. Mai 2020 – 1 BvR 1873/13.
7	09.12.2021	Regelung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung ("elektronische Fußfessel") verfassungsgemäß, BVerfG, Beschluss vom 1. Dezember 2020 - 2 BvR 916/11 und 2 BvR 636/12
8	16.12.2021	Nachträglicher Rechtsschutz gegen bereits erledigte verdeckte polizeiliche Überwachungsmaßnahmen, BGH, Beschluss vom 26. Januar 2017 – StB 26 und 28/14 –
	20.12.21 - 01.01.22	Vorlesung fällt wegen akademischer Ferien aus Anlass von Weihnachten und dem Jahreswechsel aus.
9	06.01.2022	Wegfall der Beschuldigteneigenschaft bei Anordnung einer ED-Behandlung nach § 81b StPO, BVerwG, Urteil vom 27. Juni 2018 – 6 C 39.16
10	13.01.2022	Die Auskunftserteilung des Bundesamts für Verfassungsschutz über personenbezogene Daten, die nicht in dem elektronischen Informationssystem NADIS gespeichert sind (kein intendiertes Ermessen) BVerwG, Beschluss vom 28. Juli 2020 – 6 B 61/19
11	20.01.2022	Schmerzensgeld auch für Verletzungen bei rechtmäßigen Behördenmaßnahmen möglich,

		BGH, Urteil vom 7. September 2017 - III ZR 71/17
12	27.01.2022	BND – Ausland-Ausland-Aufklärung, BVerfG, Urteil vom 19. Mai 2020 – 1 BvR 2835/17.
13	03.02.2022	Erstattung von Amtshilfekosten der Bundespolizei bei einem besonders schweren Unglücksfall BVerwG, Urteil vom 27. Juni 2018 – 6 C 10.17 –
14	10.02.2022	Vorlage von §§ 113a und b TKG wegen Vorratsdatenspeicherung von Verkehrs- und Standortdaten an den EuGH, BVerwG, EuGH-Vorlage vom 25. September 2019 – 6 C 12/18
15	17.02.2022	Ausstellung Europäischer Haftbefehle und Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft, EuGH (Große Kammer), Urteil vom 27.5.2019 – C-508/18, C-82/19 PPU (OG und PI)